

Et 9. 12. 11

Zwifel an Wohnraumanalyse

■ ESSLINGEN: BUND und VUSS kritisieren Verfahren

Das Ergebnis des städtischen Wohnraumsituationsberichts, wonach Esslingen bis 2020 etwa 3200 neue Wohnungen braucht, um seine Einwohnerzahl zu halten, stößt auf Verwunderung. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und der Verein für umweltfreundliche Straßenplanung und Stadtentwicklung zweifeln die Ergebnisse der Analyse an.

VON CHRISTIAN DÖRMANN

In einem offenen Brief an Oberbürgermeister Jürgen Zieger kritisieren die Esslinger Bezirksgruppe des BUND und der Verein VUSS das Verfahren, welches dem Wohnraumsituationsbericht zu Grunde liegt. Offensichtlich seien Trends der letzten Jahrzehnte zusammengestellt und in die Zukunft linear fortgeschrieben worden. „Wer kann ein solches Verfahren angesichts einer seit Jahren

nur schleppend verlaufenden Bebauung des Neubaugebiets Egert angesichts einer unsicheren Wirtschaftsentwicklung und bei der Kreditvergabe knäueriger Banken für eine realistische, geschweige denn wünschenswerte Bebauungsentwicklung für Esslingen halten? Das fragen Matthias Strobl vom BUND und Werner Barth von VUSS den Oberbürgermeister. Die vom OB forcierte CO₂-Kampagne mache es doch eigentlich vor: „Wenn man nur Trends der letzten Jahrzehnte fortschreiben und akzeptieren würde, dann wären energetische Sanierung von Gebäuden oder clevere Mobilitätskonzepte eben keine Themen.“ Politik müsse auch führen und nicht nur alten Trends hinterherlaufen. BUND und VUSS, die sich nach eigenen Angaben für eine nachhaltige und naturverträgliche Stadtentwicklung engagieren, würdigen im Prinzip die Vorgehensweise der Stadt im

Zusammenhang mit dem Flächennutzungsplan, dessen Fortschreibung derzeit öffentlich diskutiert wird. Mit Erleichterung habe man in den vergangenen Monaten die Botschaft aus dem Mund von Jürgen Zieger vernommen, dass Esslingen im Grundsatz eine ausgewachsene Stadt sei, heißt es in dem Brief an den OB. Und weiter: „Ohne die Wohnraumbedarfsanalyse der Stadtverwaltung, bisher im Detail kennen gelernt zu haben, drängen sich BUND und VUSS nun erhebliche Zweifel für den weiteren Verlauf der Flächennutzungsplandiskussion auf.“ Das betreffe sowohl die der Bedarfsanalyse zu Grunde gelegten Annahmen als auch die Vorstellungen der Verwaltung, welchen Einfluss diese Analyse für den weiteren Verlauf der Flächennutzungsplandiskussion spielen solle. Die beiden Organisationen bitten nun um eine baldige Aufklärung über die Ziele der Studie.